

# Kraformer Zeitung.

Nr. 63.

Freitag den 17. März

1865.

Die „Kraformer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Kraform 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 33 Kfr., einzelne Nummern 5 Kfr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Casse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Inserationen im Amtsblatte für die vierpaltige Petitzeile 5 Kfr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Kfr., für jede weitere 3 Kfr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kfr. — Inserat-Verordnungen und Gelder übernimmt Carl Sudweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. April d. J. beginnende neue Quartal der

## „Kraformer Zeitung.“

Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1865 beträgt für Kraform 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postsendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Kraform mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 33 Kfr. berechnet.

## Amtlicher Theil.

3. 3663.

Bei Gelegenheit der im verflossenen Herbst durch den k. k. Schulrath Dr. Macher vorgenommenen Inspektion der Haupt- und Trivialschulen des Kessower Kreises haben die Stadtgemeinden Lancut und Przeworsk, ferner die evangelischen Gemeinden: Gillerhof, Königsberg, Steinau und Ranischau, dann die katholische Gemeinde Zaczernie zu je 15 fl. ö. W., die Gemeinden Wola raniszowska und Lipnica hingegen zu je 20 fl. ö. W., zusammen 145 fl. ö. W. zur Anschaffung von Lehrmitteln für ihre Ortschaften gewidmet.

Diese Leistungen werden hiemit anerkennend zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Ueberdies wurden bei demselben Anlasse von mehreren k. k. Bezirksämtern Geldbeträge zu dem nämlichen Zwecke ermittelt, und zwar:

	fl.	kr.
Vom Bezirksamt Lancut	31	—
„ „ Lezajsk	20	—
„ „ Nisko	80	—
„ „ Rozwadów	80	—
„ „ Tarnobrzeg	95	95
„ „ Głogów	24	—
„ „ Rzeszów	40	48
„ „ Przeworsk	29	—
„ „ Strzyżów	55	26
„ „ Tyczyn	15	—
Summa	470	69

Herr. Währung.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Kraform, am 5. März 1865.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den Generalconsul für Regypten Gustav Schreiner als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand d. ö. österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. März d. J. dem Hilfsamtsdirector der k. k. Finanzlandesdirectionsabtheilung in Oedenburg Prof. Dr. Viktor Wits bei dessen Versetzung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vieljährigen treuen und ersprießlichen Dienste das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Das Justizministerium hat den Adjuncten der k. k. Finanzprocuratur in Kraform Dr. Johann Weiner zum Staatsanwalt bei dem Kreisgerichte in Przemyśl ernannt.

Das Finanzministerium hat den Finanzsecretär der serbisch-banater Finanzlandesdirection Johann Beszke zum Finanzrath und Finanzbezirksdirector in Lugos ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Kraform, 17. März.

Die „N. P. Z.“ bezeichnet als nächste Consequenz der ablehnenden Antwort Oesterreichs, daß zunächst die bisherige Regierung in den Herzogthümern hestehen bleibt. „Die Dinge“, schreibt dieselbe, „sind lediglich in dem früheren Stande verblieben; denn Gengenvorschläge hat Oesterreich nicht gemacht, also stillschweigend auch seinen früheren Antrag auf Einsetzung eines provisorischen Regenten aufgegeben. Wir glauben, daß von beiden Regierungen die Situation in dieser Weise beurtheilt wird und daß die freundschaftlichen Beziehungen beider durch die letzten Vorläufe durchaus nicht gestört sind. Wir glauben deshalb auch, daß die Zeitungsberichte falsch ist, welche besagt, Oesterreich wäre einverstanden damit, daß Baiern am Bunde einen Antrag stelle auf Verleihung und bundesmäßige Lösung der Herzogthümerfrage.“ — ein Vorhaben, mit dem Baiern übrigens selbst von Württemberg zurückgewiesen sein soll. Bemerken wir schließlich noch, daß es auch völlig unbegründet ist, wenn einige Blätter melden, der österreichische Gesandte habe sich hier über das

Borgehen des Präsidenten v. Zedlitz in Holstein beschwert. Kein Wort davon! Die beiden Commissarien der Großmächte stehen in sehr gutem Vernehmen; daß wo zwei beschließen sollen, sie sich eben erst vereinbaren müssen, versteht sich von selbst.

Obige Behauptung, Oesterreich habe nunmehr seinen Standpunkt vom December aufgegeben und dringe nicht mehr darauf, daß die Besitzfrage zunächst gelöst werde, ist gänzlich ungegründet, denn es ist, wie mit Bestimmtheit mitgetheilt wird, nicht nur dem Berliner Cabinet gegenüber nachdrücklich betont worden, daß Oesterreich auf seinem im December präcisirten Standpunkt beharren müsse, sondern es ist dies auch den Mittelstaaten bekannt gegeben worden. Diese Erklärung bildet aber auch die Basis, auf welcher die Verständigung zwischen Oesterreich und seinen deutschen Verbündeten zu Stande kommen wird.

Nach einer Wiener tel. Depesche der „Schl. Z.“ ist das Resultat der Berathung mit den Herren Bloome und Rübel die Zustimmung Oesterreichs zu einer eventuellen Kundgebung der Mittelstaaten beim Bunde, welche den Zweck hat, eine definitive Erklärung über das Schicksal der Herzogthümer zu fordern.

Der von Baiern in der Herzogthümerfrage in Frankfurt zu stellende Antrag, schreibt ein Wiener halbofficieller Corresp. der „Bohemia“, dürfte wesentlich den Zweck haben, als eine Art von Vorbereitung für eine eventuell wieder aufzunehmende sachlich eingreifende Action des Bundes zunächst gewissermaßen die gerechte Ungeduld zu constatiren, mit welcher man allseitig einer baldigen und befriedigenden Lösung jener Frage entgegenstehe, und es scheint um so weniger einem Zweifel unterliegen zu können, daß einer derartigen Kundgebung auch Oesterreich seine Stimme nicht entziehen wird, als die rasche und die bundesmäßige Lösung genau das ist, was die letzte österreichische Depesche, nach bestimmter Ablehnung der preussischen Forderungen, in Berlin verlangt hat.

Eine Wiener Correspondenz der „Bresl. Ztg.“ brachte die Nachricht, daß, wenn auch die preussischen Forderungen von Oesterreich abgelehnt worden, doch der Kaiser, freilich gegen die Stimmen sämtlicher Minister, sich im Ministerrath sehr entschieden zu Gunsten jener Forderungen ausgesprochen habe. Mit Bezug auf diese Nachricht schreibt die „G. G.“: Die „Bresl. Z.“ läßt sich aus Wien über Auffassungen berichten, welche hier von allerhöchster Seite bei einer Verhandlung im Ministerrath bezüglich der letzten Eröffnung des Berliner Cabinets in der Herzogthümerfrage ausgesprochen worden wären. Wir sind in der Lage diese Angabe als gänzlich erfunden bezeichnen zu können. (Wir haben bereits früher berichtet, daß die Antwort auf die preussischen Forderungen im Ministerrath gar nicht zur Sprache gekommen ist).

Die Note, welche der königl. großbritannische Gesandtschaftsträger in Wien an den k. k. Minister des Aeußern in Antwort auf den von Oesterreich gemeinschaftlich mit Preußen in London gestellten Antrag wegen Anerkennung der schleswig-holsteinischen Interims-Flagge gerichtet hat, lautet nach dem „Boten“ wie folgt:

Wien, 13. März 1865.

Herr Graf!

Mit Bezugnahme auf die von dem kais. Botschafter in London, einverständlich mit dem preussischen Botschafter an den ersten Staatssecretär Ihrer Majestät für die auswärtigen Angelegenheiten unterm 21. v. gerichtete Note, welche die Mittheilung enthält, daß die Regierungen von Oesterreich und Preußen beschlossen haben, den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg eine provisorische Nationalflagge bis zur definitiven Regelung der Verfassung dieser Gebiete zu verleihen, und worin zugleich vorgeschlagen ward, daß Ihrer Majestät Regierung diese Flagge anerkennen und den dieselbe führenden Schiffen die Rechte zuerkennen möge, welche den Schiffen der Herzogthümer vor deren Lostrennung von Dänemark gewährt waren, bin ich nunmehr von dem Grafen Russell beauftragt worden, Eurer Excellenz zu erklären, daß Ihrer Majestät Regierung diesen Vorschlag reichlich erwogen hat und daß sie bereit sei, jene Flagge provisorisch und mit Vorbehalt der Rechte der schleswig-holsteinischen und holsteinischen Stände, sowie jener des deutschen Bundes und nur bis zur definitiven Constituirung der theilhaftigen Herzogthümer anzuerkennen.

Ich benutze diese Veranlassung, Eurer Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern. (Geg.) A. G. Bonar.

Dem österreichisch-preussischen Antrag, welcher die Anerkennung der Interimsflagge eben für die Dauer des Provisoriums in den Herzogthümern bezweckt, ist demnach von Seite Englands vollständig entsprochen.

Wie der „G. G.“ aus Rom geschrieben wird, macht ein Theil der französischen Besatzungs-Armee seine Vorbereitungen, um nach Frankreich zurückzukehren.

In der vom „Monde“ veröffentlichten Antwort, welche Kaiser Maximilian unterm 9. Jänner auf den von uns erwähnten Protest der mericanischen Bischöfe erlassen hat, sagt der Kaiser, die Bischöfe wüßten nicht, was in Rom von Souverain zu Souverain verhandelt wurde; sie hätten auch nicht den Unterhandlungen mit dem Nuntius beigewohnt, sie seien also auch außer Stand, zu beurtheilen, auf welcher Seite sich der Irrthum befindet, von welcher Seite die Ursprünge kommen, wenn schon davon die Rede sein soll. Als guter Katholik und pflichtgetreuer Souverain müsse er den Schleier über gewisse Dinge ziehen und seine Rechtfertigung Gott und der Geschichte überlassen. Als nach sieben Monate langem Harren der päpstl. Nuntius endlich in Mexico eingetroffen sei, habe er denselben mit ungewöhnlicher Auszeichnung empfangen. Er habe gethan, was Souveraine nicht gewöhnlich zu thun pflegen; er habe den Nuntius gleich in den ersten Tagen nach seiner Ankunft zu einer langen Konferenz eingeladen und ihm mit größter Offenheit, vielleicht mit zu großem Vertrauen, alle die Punkte eröffnet, in welchem die mericanische Regierung nachgeben konnte und in welchen sie es nicht konnte. Der Nuntius habe erklärt, daß er über einige Punkte Vollmacht habe, daß die andern durch das Concordat in Rom geordnet werden sollten. Vierundzwanzig Stunden später habe jedoch der Nuntius im Widerspruch mit dem Tage vorher Geäußerten erklärt, daß er keine Vollmachten habe. Das Zusammenwirken der beiden Gewalten habe also gefehlt. Die Regierung habe das Land nicht länger ohne die Lösung so wichtiger Lebensfragen lassen können. Die große Mehrheit der Nation begehre, und zwar mit Recht diese Lösung. „Darüber“, heißt es in dem Schreiben des Kaisers an die Bischöfe wörtlich, „bin ich in der Lage, mit mehr Gewißheit zu urtheilen als Sie, Messieurs, da ich soeben einen großen Theil Ihrer Diöcesen durchreist habe, während Sie seit ihrer Rückkehr aus dem Exil in der Hauptstadt blieben.“ Aus diesem Grunde, nach reifer Ueberlegung und Berathung mit seinem Gewissen, und Anhörung würdiger Theologen, habe er sich zu einem Acte entschlossen, der in nichts das Dogma der katholischen Kirche verlegt und andererseits den Bürgern die gesetzliche Sicherheit gewährt. Am Schlusse berichtet der Kaiser noch einen Irrthum der Bischöfe. „Sie sagen, daß die mericanische Kirche niemals in die politischen Ereignisse sich gemengt habe. Gebe Gott, daß dem so wäre! Doch es existiren beklagenswerthe Documente, welche klar beweisen, daß selbst die Würdenträger der Kirche an der Revolution theilgenommen haben und daß eine Partei des Klerus einen sehr lebhaften Widerstand gegen den Staat ausübte. Gestehen Sie nur, meine verehrten Prälaten, daß die mericanische Kirche durch ein trauriges Geschick viel zu sehr in die Politik und den weltlichen Handel gezogen wurde und darüber den katholischen Unterricht ihrer Herde vernachlässigte. ... Zweifeln Sie, wenn Sie wollen, an meinem Katholicismus, Europa kennt seit langer Zeit meine Gefinnungen; der heil. Vater weiß, wie ich denke; die Kirche Deutschlands und Jerusalems, die der Erzbischof von Mexico gleich mir kennt, gibt in diesem Punkte mir Zeugniß. Doch wie ich ein guter Katholik bin, so werde ich auch ein gerechter und liberaler Fürst sein.“

## †† Kraform, 17. März.

Der „Gaz“, der jetzt von Neue und Leid überfließt und, wie es scheint, am liebsten die letzten zwei Jahre ganz von der Tafel der Geschichte wischen möchte, brachte kürzlich und an hervorragender Stelle das Feuilleton der Wiener „Zukunft“, in welchem der Verfall des im Posen sich bestehenden polnischen Elements geschildert und erklärt wird. Es ist dies, sagt der „Gaz“, in den vorausgeschickten Worten ein Bild, das nur Schatten- und keine Lichtseiten hat, das nur von Fehlern und nicht auch von Tugenden zu berichten weiß, also nichts weniger als heiter, im Gegentheil sehr peinlich und schmerzhaft; wir weisen ihm hier eine Stelle in der Uebersetzung an, denn es ist sehr wahr und paßt nicht bloß auf das Posen'sche, wie dies schon der Autor selbst Eingangs bemerkt. Folgt der Artikel selbst, der über vier Spalten des „Gaz“ füllt und in dem es u. a. in Rückübersetzung heißt: „trotz aller dieser unseligen Erfahrungen entschlagen wir uns nicht der traditionellen Fehler und wie unsere Väter in Gelagen das Vaterland vergeudet, verschwenden wir auf Wohlleben und Luxus, was uns übrig geblieben, die letzte Spanne unserer vaterländischen Erde. ... Momentaner Fanatismus der Liebe und Opferfreudigkeit vertritt nicht die täglich vernachlässigten Pflichten gegen das

Vaterland; die ihr durch Leichtsinns der Söhne geschlagenen Wunden heilen Thänen nicht. ... Je schrecklicher die Lage (der verarmten Grundbesitzer), desto größer unter ihnen die Zahl dieser „adeligen Lazzaroni“. ... Jene Unthätigkeit (Widerwillen gegen Handel und Industrie) ist Beweis eines nationalen kindisch gewordenen Alters, das den veränderten Verhältnissen der Gegenwart gegenüber apathisch in passivem Widerstand verharrt. Um nicht wie dereinst die Bizantiner unterzugehen, wird schließlich als nationales Selbstgeschrei aufgestellt: „Auf zur Arbeit!“

Die „Emb. Ztg.“ vom 15. März bringt nachstehendes Verzeichniß der bei dem k. k. Kriegsgerichte zu Stanislaw im Monate Februar 1865 erfolgten und rechtskräftig gewordenen Aburtheilungen.

4. Beim k. k. Kriegsgerichte zu Stanislaw.

Wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

1. Dominik Gruber, 17 J. alt, r. l., ledig, Putmachergeselle. — 2. Basil Zajacki, 18 J. alt, gr. l., ledig, Bäckergeselle. — 3. Basil Trylowski, 20 J. alt, gr. l., ledig, Tagelöhner. — 4. Nicolaus Borodyski, 18 J. alt, r. l., ledig, Schusterlehrling. — 5. Jedor Poluch, 17 J. alt, gr. l., ledig, Schusterlehrling. Alle aus Kolomea, zu je 1mon. Kerker. — 6. Johann Kopotowski aus Berezwow, 22 J. alt, r. l., Schmiedegeselle. — 7. Johann Gregorowicz aus Kolomea, 20 J. alt, gr. l., ledig, Schusterlehrling. — 8. Alois Schulhauser aus Tarnacz, 18 J. alt, r. l., ledig, Putmachergeselle. — 9. Joseph Kailing aus Kolomea, 19 J. alt, r. l., ledig, Tischlergeselle. — 10. Felix Kalinka aus Kamionki Wielkie, 20 J. alt, r. l., ledig, Finanzwachaufseher, zu je 2mon. Kerker. — 11. Joseph Janicki aus Kolomea, 21 J. alt, r. l., ledig, Schlossergeselle. — 12. Ignaz Korczyński aus Gortowice, 21 J. alt, r. l., ledig, Tischlergeselle. — 13. Myketa Winiarczyk aus Dobrowudza, 20 J. alt, gr. l., ledig, Putmachergeselle, zu je 3mon. Kerker. — 14. Adalbert Piatkowski aus Durbow, 50 J. alt, r. l., verh., Webermeister in Kolomea, über Einrechnung der ausstehenden Untersuchungshaft in die Strafe an noch zu 13wöch. Kerker. — 15. Heinrich Zademski aus Kolomea, 31 J. alt, r. l., verh., Buchhändler. — 16. Michael Grochowski aus Kolomea, 37 J. alt, r. l., verh., Sattlermeister. — 17. Felix Prager aus Ochotnica, 48 J. alt, r. l., verh., Schneidermeister. — 18. Adalbert Grochowski aus Uhnów, 37 J. alt, r. l., Pfarradministrator in Storożyniec, und — 19. Emil Zwierzyński aus Kolomea, r. l., ledig, Finanzwachaufseher, ab inst. freigespr.

Wegen Vergehens des Auslaufes, a) nach §. 279.

20. Jurij Kaczak, 43 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 21. Jakim Semenow vel Dolizynski, 30 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 22. Pawlyo Uduziel, 51 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 23. Gafia Uduziel, 56 J. alt, gr. l., verh., an einen Grundwirth, und — 24. Jurij Uduziel, 51 J. alt, gr. l., Wittwer, Grundwirth, alle 5 aus Rungury, zu je 1mon. strengen Stockhausarrest.

b) nach §. 283 G. oder nach §. 535 M. St. G. B.

25. Wasyl Uduziel, 26 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 26. Petro Wolachski, 43 J. alt, gr. l., Wittwer, Grundwirth. — 27. Jedor Wolachski, 40 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 28. Profop Bodnarek, 51 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 29. Paraska Wasyliszyna, 25 J. alt, griech. kath., verh., Grundwirthsgattin. — 30. Michael Swasiuk 38 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 31. Palachna Uziel, 27 J. alt, gr. l., verh., Grundwirthsgattin. — 32. Jewdoka Klopets, 27 J. alt, gr. l., verh., Grundwirthin. — 33. Danilo Wasyliszyn, 60 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 34. Andry Tenny, 19 J. alt, gr. l., ledig, Grundwirthsohn. — 35. Gafia Semenyczak, gr. l., verh., Grundwirthsgattin. — 36. Danfry Tasiow, 26 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 37. Paraska Kurzkiw, 28 J. alt, gr. l., kath., verh., Grundwirthin. — 38. Semen Semenyczak, 50 J. alt, gr. l., kath., verh., Grundwirth. — 39. Wasyl Tenny, 32 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 40. Dena Michailow vel Tama, 34 J. alt, gr. l., verh., Grundwirthsgattin. — 41. Swan Tenny, 24 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 42. Maryanna Andryszko, 33 J. alt, gr. l., verh., Grundwirthsgattin. — 43. Stefan Wolachski, 34 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 44. Andry Andryszko vel Jedyrynczyn, 47 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 45. Semen Andrychow Dmytryczyn, 29 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 46. Mykola Tasiow, 46 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 47. Dmytro Swasiuk, 43 J. alt, gr. l., verh., Grundw. — 48. Mychailo Grebluk, vel Stefurek, 52 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 49. Jedor Swasiuk, 25 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 50. Hrye Rabatnyk vel Semaniw, 33 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 51. Anna Stefak, 25 J. alt, gr. l., verh., Grundwirthsgattin. — 53. Profop Stefanzyn vel Petrow, 40 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 54. Wasyl Grebluk, 25 J. alt, gr. l., verh., Grundwirth. — 55. Swan Hryczynin vel Stefanzyn, 29 Jahre alt, gr. l., kath., verh., Grundwirth. — 59. Petro Stefanzyn Ba-



zinsk, 37 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, — 57. Hafia Greblut, 25 J. alt, gr. L., verh., Grundwirthsgattin, — 58. Palachma Greblut, 27 J. alt, gr. L., verh., Grundwirthsgattin, — 59. Marusia Profopow vel Stefanyzyn, 28 J. alt, gr. L., verh., Grundwirthsgattin, — 60. Marusia Tenyn, 17 J. alt, gr. L., verh., Grundwirthsgattin, — 61. Dlena Zwafus, 30 J. alt, gr. L., verh., Grundwirthsgattin, — 62. Stefan Romanuk, 30 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, — 63. Andrij Zolub, 35 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, — 64. Wasyl Pancosozof, 27 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, — 65. Motwa Stufure, 52 J. alt, gr. L., verwitwet, Tagelöhner, — 66. Dlena Tenyn, 24 J. alt, gr. L., verh., Grundwirthsgattin, — 67. Nikola Stefanyzyn, 30 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, — 68. Marusia Tenyn vel Bojashka, gr. L., verh., Grundwirthsgattin, — 69. Anna Tedyzka, 25 J. alt, gr. L., verh., Grundwirthsgattin, und 70. Anna Hryczyszyn 30 J. alt, gr. L., verh., Grundwirthsgattin, Alle aus Rungury zu je 8täg. Stockhausarrest. — 71. Sawka Romanuk, 33 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, — 72. Wasyl Swaniuk, 50 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, — 73. Marym Profopow, 53 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, — 74. Onai Wasylszyn, 28 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, — 75. Dlena Wolansta, 28 J. alt, gr. L., verh., Grundwirthsgattin, — 76. Petro Tashow vel Rentniuk, 60 J. alt, gr. L., verh., Tagelöhner, — 77. Marusia Wolansta, 19 J. alt, gr. L., verh., Grundwirthsgattin, — 78. Sewdoha Baziuk, 60 J. alt, gr. L., verwitwet, Grundwirthin, — 79. Wasyl Debluk, 47 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, — 80. Sewdoha Rentniuk, 18 J. alt, gr. L., ledig, Grundwirthstochter, — 81. Maryna Andryaszto, 20 J. alt, gr. L., ledig, Grundwirthstochter, — 82. Semen Wasylszyn, 25 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth und 83. Swan Romanuk, 34 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, Alle aus Rungury ab inst. losgeschoben.

Wegen Uebertretung der Kumdmachung vom 28.

Februar 1864.

84. Franko Borecki aus Miedzygore, 31 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, — 85. Jakob Borecki aus Miedzygore, 35 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, und — 86. Andreas Buszczak aus Miedzygore, 40 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, erstere zwei zu je 8., letzterer zu 3täg. Stockhausarrest. — 87. Semen Morawczuk aus Klucow wielski 41 J. alt, gr. L., verh., Grundwirth, zu 8tägigem Stockhausarrest.

### Zur Budgetfrage.

(Fortsetzung.)

Die „Mil.-Ztg.“ übergeht nun zur Beleuchtung der Präsenzzeit bei den Infanterie-Truppen.

Wir bemerkten, schreibt dieselbe, diesfalls schon früher, daß die Regierung im Interesse der Erhaltung zahlreicher Chargen-Cadres unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Staatsfinanzen mit dem Voco-stande nach Thunlichkeit herabging. Bei der Infanterie war dieses Herabgehen bis zu 54 Gemeinen per Compagnie, was im Hinblick auf die Kriegszustände-Ziffer von 130 Mann per Compagnie, den natürlichen Abgang, die nöthigen Chargenschüler und Professionisten eine Durchschnittspräsenz von zwei Jahren gibt, möglich. Es ist freilich sehr wenig, allein dem angestregten Fleiße des Officiers-Corps und der Chargen kann es gelingen, den Mann in seinem Verufe thunlichst auszubilden.

Anders verhält es sich bei den Jägern.

Die Jägertruppe hat eine exclusive Verwendung. Es hiesse ihre Bestimmung verkennen, wollte man sie als die Exzellenz der geschlossenen Infanteriemassen betrachten.

Der letzteren ist dormalen das Gefecht in geöffneter Ordnung eben so geläufig, wie in geschlossener. Sie leitet ihr Gefecht selbst ein, sie verfolgt den geschlagenen Feind mit den eigenen Reserve-Abtheilungen, sie deckt sich endlich ihren Rückzug selbst.

Die Jägertruppe muß einer schwierigeren Verwendung vorbehalten bleiben. Betheiligung an weit ausgreifenden Streifcommanden, sei es allein, sei es im Vereine mit leichter Cavallerie und Cavallerie-Batterien; der Angriff besonders schwierig zu nehmender Angriffsobjecte; die lästige Vertheidigung entscheidender Vertlichkeiten in Defensiv-Stellungen; die Sicherung der Armee im weiteren Sinne, — kurz Aufgaben, zu deren Durchführung sich Leichtigkeit der Auffassung, mit Energie der Durchführung und der Findigkeit in den verwickeltesten Lagen des an Zwischenfällen so reichen Kriegerlebens in harmonischem Einklang finden müssen, — solche Aufgaben sollen den Jägern vorbehalten bleiben. Dann wird man den lebendigen, frischen Jägergeist wie bisher wach erhalten und die Sorgfalt rechtfertigen, welche der Wahl der Mannschaft zugewendet wurde.

Die bloße Zuwendung des besseren Mannschaftsmaterials, die Betheiligung mit einer ausgezeichneten Waffe ist Etwas, jedoch nur der geringere Factor zur Bildung einer vorzüglichen Jägertruppe.

Es ist gar nicht zu leugnen, daß namentlich Ziroler und die meisten Jäger-Recruten, die dem Gebirge entstammen, sich sehr bald herabzubilden lassen; allein die Erlangung des wahren soldatischen Geistes bedingt auch bei ihnen eine längere Präsenz, während diese bei den anderen Jäger-Recruten eine unerlässliche Bedingung ist, falls das Material seinem Zwecke entsprechend herangebildet werden soll.

Die Regierung ging bei den Jägern bis auf 2 Jahre 5½ Monate durchschnittliche Präsenz herab, was einem Voco-stande von 70 Mann per Compagnie entspricht — wahrlich ein Minimum!!

Nachdem wir die jüngste Reorganisirung der Infanterie in ihrer Begründung und ihrem Nutzen beleuchtet haben, ist es Zeit, uns auch um unseren Berichterstatter umzuwenden, und die von diesem niedergelegte Meinung über die Organisirung in Erwägung zu ziehen.

Schon auf Seite 33 wird uns eine angenehme Ueberraschung, indem wir, die wir es bis nun eigentlich als einen kleinen Nachtheil der Reorganisirung ansahen, daß durch dieselbe zwei Bataillons eingingen (bei gleichgebliebener Anzahl der Infanterie-Bataillone (320) wurden die Jäger-Bataillone von 40 auf 38 herabgesetzt), erfahren, daß die Organisirung der Armee 26 neue Infanterie-Bataillone einbracht hat.

Das Wie? ist nach der einfachen, rein militärischen Darstellung über die Organisirung, wie wir sie hier früher gaben, ganz unbegreiflich, und kann man dem militärischen Fachmanne wohl nicht zumuthen, die originelle Entstehungsweise dieser Bataillone zu errathen. Den Einblick in ein Exemplar des Antrages des Berichterstatters, welcher uns von befreundeter Seite gestattete wurde, benützend, müssen wir unsern Lesern zu Hilfe kommen und constatiren, daß es dessen Verfasser genehm war, befuß Greirung fraglicher Bataillone je 3 Depot-Divisions-Cadres in Ein Bataillon zusammenzugiechen.

So originell diese Idee ist, so war doch schon eine ähnliche Formation in den alten Grenadier-Bataillonen vor dem Jahre 1852 vorhanden, und wir befürchten für den Fall einer Verlautbarung derselben in weiteren Kreisen wirklich eine Aufregung unter den ältesten Hauptleuten wegen der Belegung der diesfalls in Aussicht zu nehmenden 26 Stabs-Officierstellen! Was uns zunächst auffiel war, daß der Herr Verfasser in seiner Bataillons-Greirung auf halbem Wege stehen blieb. Auch bei den Jägern wurden Depot-Cadres geschaffen, deren jeder die Bestimmung hat, im Kriege eine Depot-Compagnie zu bilden. Rechnet man nun in analoger Weise 6 Jäger-Depot-Cadres auf 1 Bataillon, so erhält man 5½ Bataillons; hiezu den Cadre des Kaiser-Jäger-Regiments als 1 Bataillon gezählt, gibt 6½ Bataillons, wozu die Zahl der Jäger-Bataillone auf 44½ gestiegen sein würde! Zu bedauern ist, daß durch diese Darstellungswiese das Publicum mit Absicht irreführt und zum Mißvergnügen provocirt wird.

Es sieht im Geiste natürlich schon die Kosten, welche die Aufstellung von 26 Bataillonen mit sich bringen muß, während durch die neue Organisirung, wie wir früher dargethan haben, gar kein Kreuzer Mehraufwand verursacht, im Gegentheil eine Ersparniß (200,000 fl.) erzielt worden ist.

Documentarisch weist der Bericht nach (Pag. 33), daß bei der Infanterie die Musikbänder, die Officiersdiener, so wie die Officiere der Depot-Cadres auf den Stand der Compagnien zu zählen hatten, und klagt (Pag. 34), das vorliegende Budget bringe diese hohen Anordnungen nicht zum Ausdruck, sondern stelle in das Erforderniß der Gebühren so ein, als wenn alle diese Einrichtungen in den Stand der Regimenter nicht verfügt worden wären.

Es wird wohl Zufall gewesen sein, daß sich der Herr Verfasser nur jenen Erlaß zu verschaffen wußte, der ihm zur Verschärfung seiner Angriffe passend erschien, während ihm der hohe Kriegsministerial-Erlaß vom 20./9., CK. 3219 v. J., durch welchen die obige Modalität der Standesführung wieder aufgehoben wurde, unzugänglich blieb, daher wir seine diesfällige irthümliche Auffassung der Rücksicht unserer Leser empfehlen müßten.

An der Hand der Kriterien des Berichtes weiter gehend, müssen wir es als einen ebenfalls leicht verzeihlichen Irrthum des Laien kennzeichnen, wenn er sagt (Pag. 34): durch die Vereinigung der 3 Infanterie-Bataillone mit den Regimenten sei mobilisirt worden. Unter mobilisiren verstehen wir, auf den Kriegszustand setzen und feldmäßig ausrüsten.

Der Verfasser meinte wahrscheinlich, es wurde eine Standesausgleichung vollzogen. Das geben wir zu, fügen aber bei: eine Standesausgleichung, die, wie früher bewiesen wurde, vielfachen dienstlichen Nutzen brachte und überdies sehr ökonomisch war.

Die Bemerkung, daß die 4 Infanterie-Bataillone durch die Greirung der Depot-Cadres zum Ausmarsch disponibel wurden, geben wir auch gerne zu; die Regierung braucht sie im Kriegsfalle aber auch mobil, indem die ersten 3 Bataillone der Infanterie sammt den Grenz- und Jägertruppen im Falle eines großen Krieges das Auslangen für die operirenden Heerestheile nicht bieten können.

Die Constatirung, daß die Reorganisirung bei der Infanterie einen kleinen Mehraufwand (46,000 fl., Pag. 34) verursacht, lassen wir gelten; allein bei einem unparteiischen Vorgehen wäre auch die durch dieselbe erzielte Ersparniß von 246,000 fl. bei den Jägern nicht zu verzeihen gewesen.

Im weiteren Verlaufe macht der Herr Verfasser auf die durch die Reorganisirung hervorgerufene Standes-Differenz zwischen der Infanterie und den Jägern, endlich auf die Greirung eigener Depot-Cadres bei letzteren aufmerksam.

In beiden Beziehungen, sowie in Betreff der sich anreihenden Schlußfolgerungen (Pag. 35), daß die Regierung bezüglich der nöthigen Präsenzzeit ihre Ansichten geändert habe, hatten wir schon früher Gelegenheit unsere Meinung auszusprechen, bleiben aber stumm vor Erstaunen beim Lesen der 2. Schlußfolgerung (Pag. 36 b.), nach welcher die Compagniestärken im Interesse der Finanzen auch noch eine weitere Herabminderung erfahren sollen, als im Budget pro 1865 schon zum Ausdruck kam! — Wahrlich, wenn der Gegenstand nicht so ernst wäre, bei dieser Zumuthung könnte man sich eines gewissen Grades von Heiterkeit nicht erwehren.

Dhne in die Motivirung der Friedensstands-Ziffer durch die Regierung eingeweiht zu sein, haben wir vorliegend jene Gründe specificirt, welche dieselbe nach unserer Ansicht zur Wahl der in der Reorganisirung ausgesprochenen Ziffern benozogen haben müssen; wir haben zugleich gezeigt, daß diese Ziffern sowohl in

Bezug auf die Infanterie als die Jäger an der äußersten Gränze des Möglichen stehen — soll nicht der Kern, die Schlagfertigkeit in unverantwortlicher Weise verlegt werden.

Also was will der Verfasser noch weiter? Weiß er nicht, daß ein Fortschreiten auf dieser abschüssigen Bahn zum Ruin der Armee und zur Schutzlosigkeit des Reiches führt?

Nein! wir wollen nicht mit ihm verfahren, wie er mit der Regierung, und ihm keine bösen Absichten in die Schuhe schieben.

Wir wollen glauben, er hatte die Absicht, eben eine Phrase zu gebrauchen — eine Phrase, die wohl tönt, da man aus selber eine Ersparungsmöglichkeit heraus hört, die aber bei schärferer Prüfung zum Wisthon wird, indem sich das in Aussicht Gestellte als Unmöglichkeit kund gibt.

(Fortsetzung folgt.)

### Verhandlungen des Reichsrathes.

Die Antwort, welche Se. Excell. der Herr Staatsminister v. Schmerling in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. März auf die von dem Abg. Grocholski gestellte Interpellation, den Nothstand in Galizien betreffend, ertheilt hat, lautet vollständig: Ich habe, als diese Interpellation zur Vorlesung gelangte, mir das Wort erbeten, um dem h. Hause bekannt zu geben, daß dieser Gegenstand von Seite des Staatsministeriums schon im Auge behalten wurde und daß man an die betreffenden Behörden in Galizien den Auftrag erlassen habe, der Angelegenheit alle Aufmerksamkeit zuzuwenden und wenn es nöthig sein sollte, auch Mittel von Seite des Reiches in Anspruch zu nehmen. Seitdem sind mir umfassende Berichte über diesen Gegenstand zugekommen und ich bin nun in der Lage, vollständig und erschöpfend die Interpellation, die an mich gestellt wurde, zu beantworten. Nach den mir vorliegenden Actenstücken ergibt sich, daß bekanntlich Galizien schon im Laufe des Sommers vorigen Jahres von Ueberschwemmungen, welche namentlich den Przemysler Kreis getroffen haben, heimgesucht war. Se. Majestät der Kaiser hat damals schon die allerhöchste Gnade gehabt, einen Betrag von 10,000 fl. aus Seiner Privatschatulle zur Unterstützung der Bedrängten zu widmen, welche 10,000 fl. auch sofort zur Vertheilung gelangten. Weiters hat sich der Statthalter von Galizien veranlaßt gefunden, eine Sammlung milder Beiträge im Lande einzuleiten, welche ein Erträgniß von beiläufig 8000 fl. gewährt hat und wovon auch ein Betrag von beiläufig 7000 fl. diesen Bedrängten als milde Gaben zugewendet wurde. Allein nebstdem hat man auch noch im Auge behalten, daß in Folge eines sehr ungünstigen und feuchten Sommers und eines sehr früh eingetretenen Winters einige andere nicht von der Ueberschwemmung heimgesuchte Districte, besonders im Gebirge, in eine bedrängte Lage gerathen würden, was auch in der That der Fall war. Es hat zu dem Ende das Staatsministerium den Statthalter ermächtigt, vorläufig und insofern damit überhaupt das Auslangen getroffen werden würde, nicht nur jene 8000 fl., welche in das Landespräliminare für Elementarunfälle eingestellt wurden, sondern alles Dasjenige, was aus dem Landesfonde nach Abschluß des Verwaltungsjahres in Ersparung gelangen würde, für diesen Fall zu reserviren und dadurch ist es gekommen, daß in der That zur Stunde beim Statthalter von Galizien ein Betrag von mehr als 16,000 fl. für den angegebenen Zweck bereit ist. Daß daher die Bedrängnisse nicht gar so arg sein müssen, als sie geschildert werden, dürfte sich schon aus dem ergeben, daß zur Zeit diese 16,000 fl. noch nicht in Anspruch genommen wurden. Der Statthalter hat sich aber auch persönlich veranlaßt gefunden, an die Behörden jener Districte, wo dem Vernehmen nach jene Calamität eingetreten ist, die gemeinene Weisung zu erlassen, ihm über den Stand der Angelegenheit zu berichten und aus diesem Berichte geht hervor, daß allerdings in jenen Gegenden Noth herrsche, daß aber von einer Noth in dem Sinne, daß Leute aus Mangel an Nahrungsmitteln umkommen, gar keine Rede sei, sondern daß die eigentliche Bedrängniß offenbar im Frühjahr beginnen werde, wo es notwendig sein wird, diesen Leuten zu Hilfe zu kommen, damit sie an die Bestellung der Felder gehen können. Darüber sind denn auch die umfassendsten Vorbereitungen getroffen und in der allerhöchsten Zeit wird es möglich sein, aus den vorhandenen Mitteln in der Richtung zu Hilfe zu kommen. An der Mittheilung, daß in einzelnen Gegenden Galiziens ein eigentlicher Hunger-Epiphus herrsche, ist nach den mir vorliegenden Acten durchaus nichts Wahres; von einem Hunger-Epiphus ist, Gott sei Dank, nirgends die Rede, wohl aber haben sich in mehreren Kreisen, besonders am Gebirge, typhöse Krankheiten gezeigt, was auch begreiflich den elementaren Ereignissen zuzuschreiben ist. Daß es nicht die Noth an Nahrungsmitteln sei, dürfte das h. Haus daraus ersehen, daß auch in dem Zalescyer und Larnopoler Kreise diese Krankheiten bedeutend grassiren, welche Districte doch in keiner Weise von der Noth an Nahrungsmitteln betroffen sind. Es dürfte daher die h. Versammlung die Beruhigung schöpfen, daß einerseits die Gerüchte von einem eigentlichen Hunger-Epiphus durchaus der Wahrheit entbehren und daß andererseits von Seiten der Regierung dem Gegenstande alle Aufmerksamkeit zugewendet wird. Zur Beruhigung übrigens derjenigen Herren, die vielleicht verneinen, daß die mir vorliegenden officiellen Berichte in einem etwas zu günstigen Lichte abgefaßt sind, kann ich mich auch auf die Thatsache berufen, daß ich gerade in den letzten Tagen in der Lage war, mit mehreren Herren Rücksprache zu pflegen, die unmittelbar aus Galizien ge-

kommen sind und mir Alle die Mittheilung zu machen, sie hätten erst in Wien und aus den öffentlichen Blättern erfahren, daß in Galizien eine Hungersnoth herrsche, dort sei davon nichts bekannt. Ich habe mich daher für verpflichtet erachtet, so bald als möglich dem h. Hause diese Mittheilungen zu machen, weil es in der That nicht gleichgültig sein kann, wenn die öffentliche Meinung davongetragen wird, daß in Galizien eine so große Calamität herrscht und am Ende auf der Regierung der Vorwurf haften könnte, daß sie angesichts dieser Calamität nicht Dasjenige vorkühre, was ihre Pflicht ist.

Finanzminister v. Plener fügte der von dem Herrn Staatsminister abgegebenen Erklärung in Bezug auf sein Ressort bei, daß er über die angeblich in Galizien gegen die im Nothstand befindlichen Individuen stattgefundenen Steuer-Erecutionen lediglich schleunigen Bericht von den betreffenden Behörden abgefordert und denselben den Auftrag ertheilt habe, daß, wenn der Nothstand wirklich in dem behaupteten Maße bestünde, die Steuer-Erecutionen gegen die vom Nothstand Bedrängten sofort eingestellt und ihm über die weitere Behandlung der dortigen Steuer-rückstände mit Rücksicht auf die Lage der Bevölkerung die geeigneten Anträge erstattet werden sollen.

Was den von uns vollinhaltlich mitgetheilten Bergrischen Antrag bezüglich des § 13 der Verfassung anbelangt, schreibt der Wiener Brief-Corr. der „Schles. Ztg.“, so dürfte vielleicht ein Bergrungsantrag gestellt werden. Man ist indeß im Irrthum, wenn man von einer Gegnerschaft der Regierung gegen den Bergrischen Antrag spricht. Die Regierung hätte, so viel wir hören, gegen eine Aenderung dieses Paragraphen principiell Nichts einzuwenden; wenn sie sich aber dennoch veranlaßt sehen sollte, dem Bergrischen Antrage entgegenzutreten, so dürfte der Grund nur in dem Umstande zu suchen sein, daß der Bergrische Antrag eine Aenderung der Verfassung enthält, der gegenwärtige Moment aber für eine solche um so weniger geeignet erscheint, als auch von Seiten jener Bevölkerungsgruppen, deren Heranziehung zum Verfassungsleben eben angestrebt wird, gleichfalls Vorschläge in Betreff der Aenderung einzelner Theile unserer Verfassungsurkunde zu erwarten sind, wenn man schon jetzt auf partielle Aenderungen eingehen wollte, abgesehen davon, daß ein solcher Vorgang jene Bevölkerungsgruppen unangenehm berühren müßte, die Verfassungsurkunde selbst leicht in ein Fickelwerk verwandelt werden könnte.

Die Staatsschuldencontrolcommission hat einen neuen Bericht vom Stapel gelassen. In demselben beschwert sie sich gleichsam bei dem Hause darüber, daß der Finanzminister es ablehnte, derselben über den Stand der Veräußerungen von Obligationen des vorjährigen Silberanlehens und der mit den unbezogenen Obligationen des Silberanlehens von 1864 gemachten Depotgeschäfte Mittheilung zu machen und beantragt nun, das Haus möge durch seinen Beschluß den Finanzminister zu diesen Mittheilungen verhalten. Zugleich erachte die Commission, der Finanzminister habe dadurch, daß er dem Consortium einen Theil von der übernommenen Quote (23½ Mill.) des Silberanlehens gegen Obligationen des Steueranlehens austauschte (die 23½ Mill. wurden auf 16,177,232 fl. reducirt) den Staat benachtheiligt. Da nun das Finanzministerium dem Finanzminister aufträgt, das Debit im Wege des Credits auf eine die Staatsfinanzen möglichst wenig belastende Weise aufzubringen, das Uebereinkommen mit dem Consortium aber dem Staate effectiv nachtheilig war, so glaubt die Commission ihre Ueberzeugung aussprechen zu müssen, daß der gedachte Vorgang mit den Bestimmungen des Finanzgesetzes nicht im Einklange war.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 16. März.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 25. Februar d. J. das Werk des Mitgliebes der kgl. ungarischen Akademie der Wissenschaften in Pest, Hermann Vámbéry, „Travels in Central-Asia“ allergnädigst anzunehmen und demselben die große goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft zu verleihen geruht.

Se. Majestät der Kaiser hat die Abrüstung der Fregatte Radeky genehmigt, und es hat diese sofort ins Leben zu treten. Fregatten-Capitän Alfred Barry wird dem Hafen-Admiralate zu Triest, die übrigen Individuen des Stabes dem Hafen-Admiralate zu Pola zugetheilt. — Das dem Hafen-Admiralate zu Triest beigegebene und speciell für die Zustizpflege in bürgerlichen Rechts-Angelegenheiten, für Verlassenschafts-Abhandlungen und alle sonstigen Rechts-verhandlungen in und außer Streitsachen, bezüglich sämtlicher zum Activitätsstande der Kriegsmarine gehörigen Individuen vom Vice-Admiral abwärts, delegirte Marine-Auditoriat wird aufgelassen, und dessen Geschäfts-Ägenden an das Hafen-Admiralate zu Triest übergeben werden. Die Amtswirklichkeit des Marine-Auditorates zu Triest endigt mit letztem April d. J., und übergehen dessen Amtsgeschäfte, einschließlich der Gerichtsbarkeit in Civilrechtsachen über die activen Marine-Individuen, mit 1. Mai an jenes zu Pola, wohin insbesondere auch gehören werden: Die Prüfung von Heirats-Cautionen, dann alle auf die Umwechslung, Reconstituierung und Interessen-Überweisung solcher Heirats-Cautionen Bezug habenden Amtshandlungen, welche ausdrücklich dem Hafen-Admiralate in Triest zugewiesen waren. Gleichzeitig wurde die Systemisirung eines Majors-Auditorates für das Justizreferat beim Hafen-Admiralate zu Pola und zur Leitung des dortigen Marine-Auditorates genehmigt. In allen maritimen Kasernen wird statt







N. 6199. Kundmachung (249. 3)  
Die Mittheilung des k. k. österr. General-Consulats in Warschau vom 25. v. M., daß die Rinderpest im Königreich Polen noch in 49 Distrikten herrsche, von denen 25 auf die benachbarten Kreise Kielce und Krasnoslawski entfallen, wird mit dem Beifuge zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß bei diesem Seuchentum noch keine milderen Gränzperrnmaßregeln eingeführt werden können.  
Von der k. k. Statthalterei-Commission.  
Kraukau, 8. März 1865.

N. 1696. Edykt. (256. 1-3)  
C. k. Sąd krajowy w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem, iż w drodze egzekucji celem zaspokojenia przez p. Aleksandra Brześcińskiego przeciw Annie hr. Łubieńskiemu wywalczonych sumy 12000 złr. wraz z przyn. zezwala publiczną sprzedaż realności l. 111 i 112, gm. I., dawniej l. 113 i 112 na Stradomiu położonych, p. Anny hr. Łubieńskiemu własnych, wyznaczając do przedsięwzięcia tej licytacji termin na dzień 6 kwietnia 1865, 27 kwietnia 1865 i 18 maja 1865 o godzinie 10 zrana, pod następującymi głównymi warunkami:

1. Cenę wywołania stanowi wartość szacunkowa tych realności, a mianowicie co do realności pod l. 111 gm. I. daw./113 Stradom now. w ilości 17421 złr. 51 kr. w. a., zaś co się tyczy realności pod l. 112 gm. I. daw./113 Stradom now. w kwocie 2700 złr. w. a. przez sądowe oszacowanie ustanowioną, niżej której w tych trzech terminach żadna z tych realności sprzedana nie będzie.
2. Licytacja tych dwóch realności odbędzie się w tym porządku, iż przy każdym z tych trzech terminów przed wszystkimi realność pod l. 113 dz. I. now./112 gm. I. daw. na sprzedaż wystawioną zostanie, a dopiero wtenczas, gdyby na takową żaden nie znalazł się kupiec ofiarujący cenę szacunkową na każdym z tych trzech terminów wywołaną zostanie druga realność pod l. 112 dz. I. now./112 gm. I. daw. położona w celu uzyskania za nią cenę szacunkową.

Gdyby zaś na tych trzech terminach nie mogłaby być uzyskana cena szacunkowa realności pod l. 113 dz. I. now./111 gm. I. daw. wyznacza się termin na dzień 18 maja 1865 o godzinie 12 rano celem ułożenia lepszych warunków licytacji. Na tym terminie mają wszyscy wierzyciele pod tą surowością stanąć, że niestawiający do większości głosów stawających doliczonymi będą. Po przyjęciu tych warunków dopiero nastąpi rozpisanie ostatniej licytacji, na której te realności niżej ceny szacunkowej, jednak w ten sposób sprzedanymi zostaną, iż tylko w tym razie, jeżeliby za realność l. 113 dz. I. now./111 gm. I. daw. cena 12000 złr. w. a., jako do pokrycia sumy wyegzekwowanej potrzebna, ofiarowana nie została, sprzedaż drugiej realności nastąpi, a to z tej przyczyny, ponieważ ta cena do pokrycia długów egzekwowanej realności jest potrzebną.

3. Chęć kupna mający złożyć przed rozpoczęciem licytacji, jako zakład do rąk komisji licytacyjnej 10% ceny szacunkowej każdej realności z osobna w okrągłej ilości, a zatem co do realności pod l. 111 daw./113 now. kwotę 1750 złr., co do realności 112 daw./112 now. kwotę 270 złr. w. a. gotówką, lub w publicznych obligacjach długu państwa, lub też w galicjskich listach zastawnych, które to papiery według ostatniego kursu, którym się nabywca wykazać ma, a nie według ich imiennej wartości, ani też nad takową przyjęte będą. Zakład nabywcy zatrzyma się w celu zabezpieczenia wykonania warunków licytacyjnych, innym zaś współkupującym zostanie wydany zaraz po ukończeniu licytacji.
4. Nabywca złoży trzecią część ceny kupna w przeciągu dni 30 po doreczeniu mu uchwały akt licytacji potwierdzającej, do depozytu sądowego z obliczeniem zakładu w gotówce złożonego, drugie zaś dwie trzecie części ma nabywca w przeciągu dni 30 po doreczeniu tabeli płatniczej i w miarę tejże, albo przez złożenie gotówki do depozytu sądowego, lub przez przyjęcie pożyczki według ceny kupna do zaspokojenia przypadających uiszczeń.

Dopóki to uiszczenie nie nastąpi, ma nabywca odsetki po 5% od tychże dwóch trzecich części zawsze półrocznie z góry, zaczawszy od dnia oddania mu fizycznego posiadania kupionej realności do depozytu sądowego składać. Wypłatę zaś tych wierzytelności hipotecznych do zaspokojenia z ceny kupna przypadających, którychby wypłacenia przed upływem terminu wypowiedzenia może zawarowanego przyjąć nie chciano, przyjmie nabywca na siebie.

O czem obydwie strony, wierzyciele hipoteczni, jakoteż nieobcy Cwiarkiewicz Stefan, tudzież wierzyciele, którzyby po dzień 11 marca 1864 do hipoteke weszli, lub którymby uchwała niniejsza nie dość weześnie lub wcale doreczoną nie była, przez kuratora p. Dra. Rydzowskiego z tém nadmienieniem zawiadomienie otrzymują, iż dalsze warunki licytacji, akt szacunkowy i wyciąg hipoteczny w tutejszej registraturze interesowani przejrzyć mogą.  
Kraków, 27 lutego 1865.

N. 3884. Edykt. (260. 1-3) Nr. 2716.  
Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Stefana Lecezyńskiego, że przeciw niemu w skutek wniesionego pozwu z dnia 25 lutego 1865 l. 3884 przez p. Salomona Mehl nakaz zapłaty sumy wekslowej 100 złr. w. a. z przyn. wydanym został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadomem, przeto ces. król. Sąd kraj. w celu zastępowania pozwanego, jak równie na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dr. Rydzowskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w wyz. oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém ces. król. Sądowi Krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.  
Kraków, 27 lutego 1865.

N. 2684. Edykt. (261. 1-3)  
C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Franciszka Wilkoszewskiego z życia i miejsca zamieszkania niewiadomego, a w razie śmierci jego, tegoż spadkobierców, że przeciw niemu p. Marya z Wilkoszewskich Chrzastowska i Konstancja z Siemońskich Wilkoszewska wniosły pozew w dniu 10 lutego 1865 do l. 2684 o ekstatulację sumy złp. 10.000 z większej sumy 12.000 złp. pochodzącej — w stanie biernym dóbr Popędzyna Dom. 14, pag. 302, n. 4 on. z przyn. zaintabulowanej — w skutek czego w załatwieniu tegoż pozwu do ustnej rozprawy termin na dzień 4 kwietnia 1865 o godzinie 10 rano się wyznacza.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadomem, przeto ces. król. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego, jak równie na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Rydzowskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w wyz. oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém ces. król. Sądowi Krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.  
Kraków, 13 lutego 1865.

N. 2476. Edykt. (262. 1-3)  
Bom f. f. Kraukauer Landesgericht wird mittelst gegenwärtigen Edicts bekannt gemacht, es sei über die Wechselklage des M. Politzer gegen Hrn. Ferdinand Strauss eine Zahlungsaufgabe am 21. November 1864 3. 22065 erlassen worden, womit dem Hrn. Ferdinand Strauss aufgetragen wurde die Wechselsumme pr. 167 fl. 80 fr. 5 B. binnen 3 Tagen bei sonstiger wechselfähiger Creditoren zu zahlen, oder in derselben Frist die Einwendung zu überreichen.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Hrn. Ferdinand Strauss unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu seiner Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Dr. Rydzowski mit Substitution des Hrn. Dr. Szlachetkowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertretung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabfäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.  
Kraukau, am 27. Februar 1865.

Edict. (253. 3) Nr. 1480.  
Bom f. f. Tarnower Kreis-Gerichte wird dem Herrn Wacław Toczyński, unbekannten Aufenthaltsortes mittelst gegenwärtigen Edicts bekannt gemacht, es habe wider ihn Samuel Kronengold wegen Zahlung der Wechselsumme pr. 500 fl. 5 B. f. N. G. die Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm 23. Februar 1865 3. 2716 der Zahlungsauftrag erlassen ist.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu seiner Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Hrn. Advocaten Dr. Stojakowski mit Substitution des Hrn. Adv. Dr. Kaczkowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertretung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabfäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.  
Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichts.  
Tarnow, 23. Februar 1865.

N. 2790. Obwieszczenie. (254. 3)  
Ces. kr. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Mojżesz Schwarz przeciw p. Maryi Magdalenie dw. im. Lewickiej, względem zapłacenia sumy wekslowej 500 złr. w. a. z przyn. skargę wniósł i o pomoc sądową prosił, w skutek czego nakaz zapłaty dnia 23 lutego 1865 został wydanym.

Ponieważ pobyt zapozwaney nie jest wiadomym, przeto przynależny tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwaney tutejszego adwokata p. Dr. Serdę z zastęptwem p. adw. Dra. Jarczykiego na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy cywilnej dla Galicyi przepisanej przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypominam się zapozwaney, ażeby w przynależnym czasie albo się sama obojętnie stawiła, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzieliła, lub też innego obrońcę obrała i tutejszemu Sądowi oznajmiła, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyla, inaczej z jej opóźnienia wynikające skutki sama sobie przypisaćby musiała.  
Z rady c. k. Sądu obwodowego.  
Tarnów dnia 23 lutego 1865.

N. 890. Edykt. (251. 2-3)  
C. k. Sąd obwodowy w Nowym Sączu zawiadamia z życia i miejsca pobytu niewiadomych Wojciecha Tetmajera, Józefa Nideckiego, Kajetana Nideckiego, Jana Nepomucena Nideckiego, Jana Kantego Nideckiego, Helenę z Nideckich Strońska, Barbarę Nidecką, Jakóba Nideckiego, Teklę Nidecką i Justynę Nidecką, tudzież tychże możebnych sukcesorów i prawonabywców, iż przeciw nim Balbina Trembecka na dniu 7 lutego 1865 do l. 890 pozew o własność części dóbr Siekierczyń w obwodzie Sądeckim położonych podała i w skutek tego termin do ustnej rozprawy na dzień 17 maja 1865 godzinie 10 zrana wyznaczonym i dla tych powyżej wymienionych, i z życia i miejsca pobytu niewiadomych pozwanym na ich własne koszta i niebezpieczeństwo kurator w osobie p. Dra. Micewskiego adwokata kraj. w Nowym Sączu z substytucją p. Dra. Bersona adw. kraj. również w Nowym Sączu, ustanowionym został.

Wzywa się zatem pomienionych z życia i miejsca pobytu niewiadomych pozwanym, ażeby ustanowionemu kuratorowi do odpowiedniego prowadzenia procesu stosowną dali informację i temuż dowody swoje doreczyli, lub zebý Sądowi innego zastępcę wymienili, gdyż w przeciwnym razie skutki zaniedbania sobie samym przypiszą.  
Z rady c. k. Sądu obwodowego.  
Nowy Sącz, dnia 20 lutego 1865.

Edykt. (235. 3) Nr. 1480.  
C. k. miejs. del. Sąd powiatowy w Rzeszowie zawiadamia niniejszym p. Julię Schebestównę, że przeciw niej p. Ferdynand Schaitter do tutejszego Sądu pod dniem 18 lutego 1865 do l. 1480 wniósł pozew o zapłacenie czynszu w kwocie 50 złr. w. a. c. s. c., w skutek którego termin do sumarycznej rozprawy na dzień 7 kwietnia 1865 o godzinie 9 rano wyznaczonym został.

Ponieważ Sądowi miejsce pobytu pozwaney nie jest wiadomem, przeto ustanawia dla nieobecney pozwaney kuratorem adwokata Dra. Reinera w Rzeszowie, dając mu zastępcę adwokata Dra. Rybickiego w Rzeszowie, z którym rozprawa przeprowadzona będzie.

Zawiadamiając o tém pozwaną p. Julię Schebestę upominam się ją, aby albo osobiście na terminie stanęła, albo środki obrony ustanowionemu kuratorowi doreczyła, lub też innego zastępcę sobie wybrała i tegoż Sądowi zawczasu wymieniła.  
Rzeszów, 25 lutego 1865.

## Wiener Börse-Bericht vom 15. März.

Öffentliche Schuld.		Weiss Waare	
A. Des Staates.			
3% Centr. B. zu 5% für 100 fl.	67.35	67.45	
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	78.10	78.20	
mit Zinsen vom Jänner — Juli	78.10	78.20	
„ „ „ „ April — October	78.10	78.20	
Metalliques zu 5% für 100 fl.	71.40	71.50	
ditto „ 4 1/2% für 100 fl.	63.80	64 —	
mit Verloosung v. 3. 1839 für 100 fl.	161.25	161.50	
„ 1854 für 100 fl.	88.75	89 —	
„ 1860 für 100 fl.	96.85	97 —	
Prämiensteine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	89.50	89.70	
„ „ „ zu 50 fl.	89.50	89.70	
Gom. Rentensteine zu 42 L. austr.	17.75	18.25	
B. Der Kronländer.		Grundrenten-Obligationen	
von Nieder-Oester. zu 5% für 100 fl.	88.75	89.25	
von Mähren zu 5% für 100 fl.	90.50	91.50	
von Schlesi. zu 5% für 100 fl.	90 —	91 —	
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	90 —	91 —	
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—	—	
von Kärnt., Krain u. Kält. zu 5% für 100 fl.	88.50	92 —	
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	74.75	75 —	
von Lemberger Banat zu 5% für 100 fl.	73 —	73.75	
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	74.75	75.25	
von Galizien zu 5% für 100 fl.	73.75	74.70	
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	70.75	71.50	
von Bukovina zu 5% für 100 fl.	71.50	72.25	
Actien (pr. st.)			
der Nationalbank	803 —	805 —	
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. B.	185 —	185.10	
der Niederöstr. Gesamte-Gesells. zu 500 fl. ö. B.	579 —	581 —	
der Kaiser. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. G.W.	1827 —	1829 —	
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. G.W.	195.80	196 —	
der vereinigten österr. lomb. ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. B. oder 500 Fr.	241 —	243 —	
der Kaiser. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. G.W.	134.50	135 —	
der galiz. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. G.W.	222.75	223.25	
der Lemberger-Gesamter Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. B.	61 —	62 —	
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. B.	162.25	162.75	
der Südböhm. Verbund-B. zu 200 fl. G.W.	123.25	123.50	
der Theiss. zu 200 fl. G.W. mit 140 fl. (70%) Einz.	147 —	147 —	
der österr. Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 500 fl. G.W.	479 —	480 —	
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. G.W.	233 —	235 —	
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öst. B.	405 —	410 —	
der Dän.-Nebel. Kettenbrücke zu 500 fl. G.W.	370 —	375 —	
Fandbriefe			
der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl.	102 —	102.25	
auf G. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	91 —	91.25	
auf österr. B. verlosbar zu 5% für 100 fl.	86.60	86.75	
Galiz. Credit-Anstalt öst. B. zu 4% für 100 fl.	71.50	72 —	
Geld			
der Credit-Anstalt zu 100 fl. öst. B.	129 —	129.25	
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft zu 100 fl. G.W.	86 —	86.50	
Erster Stadt-Anleihe zu 100 fl. G.W.	114 —	114.50	
zu 50 fl. G.W.	48.75	49.25	
Städtegemeinde Wien zu 40 fl. öst. B.	27 —	27.50	
Gährhagen zu 40 fl. G.W.	113.50	114.50	
Salin zu 40 fl.	31 —	31.50	
Palffy zu 40 fl.	29 —	29.50	
Slary zu 40 fl.	27 —	27.50	
St. Genois zu 40 fl.	27.25	27.75	
Wienbürgerschaft zu 20 fl.	18 —	18.30	
Waldheim zu 20 fl.	19.50	20 —	
Regelwitz zu 10 fl.	14.75	15.25	
K. f. Hofspitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	12.25	12.50	
Wechsel. 3 Monate.			
Bank-Platz-Conto			
Amsterdam, für 100 fl. südböhm. Währ. 4 1/2%	93.60	93.75	
Frankfurt a. M., für 100 fl. südböhm. Währ. 3 1/2%	93.80	94 —	
Hamburg, für 100 M. B. 2 1/2%	93.60	93.80	
London, für 10 Pf. Sterl. 4 1/2%	111.60	111.70	
Paris, für 100 Francs 3 1/2%	44.45	44.50	
Cours der Geldsorten.			
Durchschnitts-Cours	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	5 27 —	5 26 —	5 27 —
vollw. Dukaten	—	5 26 —	5 27 —
Krone	—	15 25 —	15 30 —
20 Francstücke	8 93 —	8 92 —	8 93 —
Russische Imperiale	—	9 15 —	9 18 —
Silber	—	109 50 —	109 75 —

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres

Abgang  
von Kraukau nach Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends;  
nach Breslau, nach Ofen und über Dierberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags;  
Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Min. Abends;  
nach Bielitzka 11 Uhr Vormittags;  
von Wien nach Kraukau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Min. Abends;  
von Ofen nach Kraukau 11 Uhr Vormittags;  
von Lemberg nach Kraukau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft  
in Kraukau von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends;  
von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 20 Min. Abends;  
von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh;  
von Ofen über Dierberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends;  
von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachm.;  
von Bielitzka 6 Uhr 20 Min. Abends;  
in Lemberg von Kraukau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Min. Abends.

# CIRCUS BLENNOW

unterm Castell mit brillanter Gas-Beleuchtung versehen.

Samstag, den 18. März 1865.

Erste große Vorstellung der höheren Reikunst, Gymnastik und Pferdedressur

Das Nähere erhalten die an diesen Tagen auszugehenden Tageszettel und Programm.  
Die Casse ist von Morgens 11 Uhr bis 1 Uhr, sowie von 5 bis zur Vorstellung ununterbrochen geöffnet.

Circus Eröffnung 6 Uhr, Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Preise der Plätze: 1 Logenst. 1 fl. Sperrst. 70 fr. I. Rang 50 fr. II Rang 30 fr. Gallerie 20 fr. ö. W.

Militair ohne Charge auf der Gallerie 10 fr. Kinder unter 10 Jahren auf dem I. und II. Rang halbes Geld, in den Logen und auf den Sperrst. volles Geld.

Die Billets sind nur für den Tag gültig, für welchen sie gelöst werden.

(257. 2) A. Blennow, Director.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Barom.-Höhe auf in Paris. Linie in Reaum. red.	Temper. zur Nacht in Reaum.	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Gefühlungen in der Luft	Veränderung d. Wärme im Laufe des Tages von   bis
16	2	329.36	+1.4	88	Nord-Ost mittlerer	trüb	+0.4 +2.8
17	10	328.51	+0.6	88	„ stark	trüb	
17	6	27.47	+0.8	88	„ „	trüb	